

S C H Ü T Z T
UNSERE DEMOKRATIE

3

**RECHTS
EXTREME
PARTEIEN**



Bayerisches Staatsministerium des Innern

Probleme gibt es auch in unserem wohlhabenden Land – Probleme um den Arbeitsplatz, die Sicherung der Renten oder das Zusammenleben mit Ausländern. Statt an Lösungen mitzuarbeiten, suchen einige lieber nach Sündenböcken, lautstark, in der Gruppe oder klammheimlich zu Hause. Die Suche nach Schuldigen ist bequem, denn schuld sind immer nur die anderen.

Die Rattenfänger

Rechtsextremisten sind stets zu Diensten mit Schuldigen und einfachen Lösungen. Schuldig sind der Staat, Regierungen, „Altparteien“, Ausländer oder Juden. So wird aus der Suche nach Sündenböcken schnell die Jagd auf Menschen – eine Hatz auf Unschuldige. „Mölln“, „Solingen“ und Anschläge auf Ausländer und „Linke“ in Deutschland sind erschreckende Beispiele. Rechtsextremisten bieten mit simplen Parolen ein Ventil für aufgestaute Frustrationen. Deshalb erhalten sie auch immer wieder Zulauf von Menschen, die etablierten politischen Parteien einen Denkkzettel verpassen wollen.

Gerade die Unterstützung durch diese Protestwähler ist für Rechtsextremisten äußerst willkommen; sie benötigen für ihre wahren Ziele Zulauf um jeden Preis. Jede Unterstützung für Rechtsextremisten bedeutet aber eine Absage an Demokratie, Würde und Freiheit des Einzelnen.

Ziele und Methoden

Wer hinter der Maske des Biedermanns die Fratze selbst ernannter „Führer“ frühzeitig erkennt, wird nicht Opfer dieser Rattenfänger und kann andere durch Information und Aufklärung davor bewahren, ihre Beute zu werden. Auch wenn sie es meistens nicht offen erklären: Rechtsextremisten lehnen die Grundlagen der Demokratie ab und streben eine Regierungsform an, in der Staat und Gesellschaft den Befehlen eines diktatorischen Führers unterworfen sind.

Ideologie der Rechtsextremisten:

Interessen und Rechte des Einzelnen müssen zugunsten der so genannten „Volksgemeinschaft“ zurücktreten. Konkret bedeutet dies die Aushöhlung der Grundrechte, verbunden mit einem Nationalismus, der den Gedanken der Völkerverständigung missachtet.

Antisemitismus und andere rassistische Thesen sind mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar.

Angeblich positive Leistungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft werden herausgehoben, die Verbrechen des NS-Regimes verschwiegen, verharmlost oder geleugnet und Widerstandskämpfer diffamiert.

Planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten soll den Wert der demokratischen Grundordnung in den Augen der Bevölkerung erschüttern.

National- demokratische Partei Deutschlands

Die NPD will die Wertordnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung insgesamt beseitigen. Sie stellt den Parlamentarismus als Grundvoraussetzung der Demokratie in Frage, lässt eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus erkennen und orientiert sich an den Ideen des völkischen Kollektivismus. Die Partei äußert sich antisemitisch, rassistisch und fremdenfeindlich. Sie lehnt alles Andersartige ab. Dahinter verbirgt sich der Irrglaube von der Höherwertigkeit der eigenen Rasse und Nation. Die NPD thematisiert seit einiger Zeit auch eine sozialistische Komponente, indem sie den Kapitalismus zum Hauptfeind aller freien Völker erklärt und von einem volksbezogenen Sozialismus spricht. Zur Durchsetzung ihrer Ziele hat sie eine Drei-Säulen-Theorie aufgestellt, wobei der „Kampf um die Straße“ derzeit den Säulen „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Parlamente“ vorgezogen wird.

In ihrem „Kampf um die Straße“ hat sich die NPD in den letzten Jahren zu einem Kulminationspunkt rechtsextremistischer Gewalttäter, insbesondere der Skinheads, entwickelt. Neonazistische Funktionäre aus verbotenen Organisationen haben führende Funktionen in der NPD übernommen.

Die NPD vertritt ihre verfassungsfeindlichen Ziele in letzter Zeit in zunehmend aggressiver, aktiv kämpferischer Weise. Die Bundesregierung, der Bundesrat und der Bundestag haben deshalb ein Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht beantragt. Der Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie verpflichtete dazu.

Deutsche (DVU)

Die DVU hat kein systematisches weltanschauliches und ideologisches Konzept. Vielmehr werden aktuelle Tagesthemen aufgegriffen und dazu benutzt, Angriffe gegen langjährig entwickelte Feindbilder, wie etwa die „unverschämten“ Polen, die „erpresserischen“ Juden oder die „kriminellen“ Ausländer, zu richten. Einen Agitationsschwerpunkt der letzten Jahre bildeten nationalistisch und rassistisch geprägte Kampagnen gegen Asylbewerber und andere Minderheiten. Die DVU versucht auch, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren und die demokratische Entwicklung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als „Totalumerziehung“ zu verunglimpfen. Ihre Veranstaltungen hält sie meist in geschlossenen Räumen ab. Anders als die NPD führt sie keinen „Kampf um die Straße“.

Die Partei wird von dem Verleger Dr. Gerhard Frey zentralistisch und autoritär geleitet. Die politische Agitation in dessen Verlagserzeugnissen dient auch der Umsatzsteigerung. Nach einer Reihe von kostspieligen Wahlkämpfen ist die Partei bei ihrem Vorsitzenden mit mehreren Millionen Euro verschuldet. Die Personalunion von Vorsitzendem und Kreditgeber verleiht diesem eine im Vergleich zu anderen Parteien einzigartige Machtfülle.

Die Republikaner (REP)

Die Partei vertritt einen übersteigerten Nationalismus. Sie wendet sich gegen eine „schleichende Zuwanderung in Deutschland“ und sieht in den in Deutschland lebenden Ausländern die entscheidende Ursache für soziale Probleme. Die Diffamierung demokratisch legitimierter Institutionen und Personen offenbart eine Tendenz zur Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Grundsatzes der Chancengleichheit der Parteien.

Der Parteivorsitzende bemüht sich offiziell um den Ausschluss extremistischer Strömungen und geht mit Ordnungsmaßnahmen gegen Befürworter einer Kooperation des „rechten Lagers“ vor.

Dieser intern umstrittene Kurs ist taktisch bedingt. Bündnisbemühungen von REP-Funktionären und -Mitgliedern zeigen, dass in Teilen der Partei weiterhin die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen besteht.

(NPD)

Mitglieder

Deutschland 6.500 Bayern 900

Organisation

Landesverband Bayern mit 7 Bezirks- und 50 Kreisverbänden

Publikation

„Deutsche Stimme“
monatlich 10.000 Exemplare

(DVU)

Mitglieder

Deutschland 16.000 Bayern 1.800

Organisation

Landesverband Bayern mit 5 Bezirks-, 16 Kreis- und 4 Ortsverbänden

Publikation

„National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ)
wöchentlich 45.000 Exemplare

(REP)

Mitglieder

Deutschland 13.000 Bayern 4.000

Organisation

Landesverband Bayern mit 8 Bezirksverbänden in den 7 Regierungsbezirken und der Landeshauptstadt München, 85 Kreis- und 290 Ortsverbände

Publikation

„Der Republikaner“
monatlich 20.000 Exemplare

Rechtsextremistische Publikationen



Wachsamkeit – Preis der Freiheit

Den Wert eines Gutes erkennt man häufig erst, wenn man es verloren hat. Für uns ist es selbstverständlich, frei unsere Meinung zu sagen, frei zu wählen, frei zu reisen. Dass dies aber nicht immer selbstverständlich ist, zeigen NS-Diktatur und das Unrechtsregime in der ehemaligen DDR.

Auch die terroristische Gewalt bedroht die Freiheit. Die Anschläge islamischer Extremisten am 11. September 2001 in den USA sind Angriffe auf die freie Welt.

Um die Freiheit zu bewahren, müssen wir die Extremisten und ihre wahren Ziele erkennen. Deshalb haben die Verfassungsschutzbehörden die gesetzliche Aufgabe, extremistische Bestrebungen zu beobachten, Verfassungsfeinde öffentlich zu entlarven und deren Ziele darzustellen.

Mit diesem Falblatt aus der Reihe „SCHÜTZT UNSERE DEMOKRATIE“ wollen wir Sie über extremistische Bestrebungen informieren. Damit Sie Extremisten erkennen und ihnen eine eindeutige Absage erteilen können. Es geht um Ihre Freiheit und um Ihre Sicherheit.

Die Falblattreihe erscheint im Rahmen einer Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Gewalt. Wenn Sie mehr über den Rechtsextremismus wissen wollen, dann schreiben Sie an

Bayerisches Staatsministerium des Innern
- Stichwort: Verfassungsschutz -
Odeonsplatz 3, 80539 München

oder informieren Sie sich im Internet unter den Adressen

<http://www.innenministerium.bayern.de>
<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>